



INSERAT

BD Bärtsch + Dobal
Büromöbel | Bürotechnik
immer wenn's um ihr Büro geht
www.bd-chur.ch

IM FOKUS Grosser Rat sagt Ja zur Informatikmittelschule

Im zweiten Anlauf hat es geklappt: Mit 70:47 Stimmen sprach sich der Grosse Rat gestern für die Möglichkeit aus, im Kanton Informatikmittelschulen führen zu können. Ein gleichlautender Antrag war in der Oktobersession 2014 mit einem denkbar knappen Entscheid abgelehnt worden. Dass das Thema in der gestern gestarteten Session nach vier Jahren erneut beraten wurde, hatte eine Minderheit der vorberatenden Kommission für Bildung und Kultur erst zu Monatsbeginn beschlossen. Rückenwind erhielten die Antragsteller von einigen Bündner Unternehmern, die letzte Woche in einem Brief an alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier dazu aufriefen, die gesetzlichen Grundlagen zur Einführung von Informatikmittelschulen zu schaffen (BT vom 18. Oktober). Die Diskussionen rund um die für gestern traktandierete Totalrevision des Gesetzes über die Mittelschulen im Kanton drehten sich somit hauptsächlich um die Informatik, und sie wurden kontrovers geführt. (KE)

GROSSER RAT Seite 5

100 Jahre Bündner Tagblatt

Gückwunsch an die Bündner Tagblatt-Redaktion zum 100. Geburtstag. In diesem Jubiläumsgeschäft werden wir Sie begleiten und Sie mit interessanten Beiträgen über die Geschichte des Tagblatts informieren. Die Jubiläumsgeschäfte sind ab dem 23. Oktober in den Verkaufsstellen erhältlich. Die Jubiläumsgeschäfte sind ab dem 23. Oktober in den Verkaufsstellen erhältlich. Die Jubiläumsgeschäfte sind ab dem 23. Oktober in den Verkaufsstellen erhältlich.

Hundert Jahre Bündner Tagblatt

In seiner Serie zur Geschichte des «Bündner Tagblatts» zeichnet der Journalist und Historiker Hansmartin Schmid heute das Jahr 1952 nach, als das BT nach Krise und Krieg in ruhigem Aufschwung, der auch die konservative Partei Graubündens betraf, seinen 100. Geburtstag feiern konnte.

KLARTEXT Seite 2



Der «höchste» Gastgeber

Einmal als Hüttenwart Gäste betreuen, das war einer der Wünsche, die sich alt Standespräsident und BDP-Grossrat **Ueli Bleiker** für die Zeit nach der Pensionierung aufsparte. Nun liess sich dieser Wunsch rascher als gedacht erfüllen. Parteikollege **Gian Michael** (r.), BDP-Fraktionschef im Grosse Rat und Bauer in Donat, vermittelte Ueli Bleiker als Gastgeber im neu ausgebauten Agrotourismus-Betrieb auf der **Alp Nurdagn**. Zusammen mit dem Präsidenten der Korporation Bergschaff Schams, **Roman Hassler** (l.), dem die Alp gehört, stattete Michael letzte Woche dem Hüttenwart auf Zeit einen Besuch ab. Ueli Bleiker über-

raschte dabei mit seinen Kochkünsten und zeigte sich in seiner neuen Rolle als Gastgeber in seinem Element. Zusammen mit seiner Frau Ruth führt er seit dem Ende der Alpzeit den vom Südtiroler Älplerpaar **Andreas und Melanie Gufler** gepachteten Betrieb noch bis Ende Oktober. Morgen muss der «höchste» Bündner Gastgeber von 2261 m ü. M. allerdings ins Tal, zum traditionellen Treffen der früheren Standespräsidentinnen und Standespräsidenten, die der 67-Jährige seit 2016 präsidiert. (FOTO NORBERT WASER)

GRAUBÜNDEN Seite 3

16 Ideen für eine positive Entwicklung

Das **Wirtschaftsforum Graubünden** hat eine Studie zur volkswirtschaftlichen Entwicklung des Kantons vorgelegt und darin **Handlungsmöglichkeiten als Ideen aufgelistet**.

Graubünden überaltert, es mangelt an qualifizierten Arbeitskräften, die Jugend wandert ab, denn es fehlt der Anschluss an die Metropolitanregionen. So düster ist das Bild des Kantons im jüngsten Bericht des Wirtschaftsforums Graubünden, der gestern in Chur präsentiert wurde. Als Standortentwicklungsstrategie hat das Forum als Denkfabrik der Bündner Wirtschaft insgesamt 16 Ideen zusammengetragen. Die Vorschläge sind teilweise bekannt, manche sind durchaus brisant. So sollen etwa Unternehmen im Berggebiet von der Gewinnsteuer ganz befreit und gut Verdienende zusätzlich steuerlich entlastet werden.

Als zentrales Element für eine nachhaltige volkswirtschaftliche Entwicklung des Kantons nennt der Bericht bessere Verkehrsströme, dies sowohl als Anbindung an den Grossraum Zürich als auch im innerkantonalen «Dreieck» Bündner Rheintal – Davos – Oberengadin.

Graubünden soll unabhängig vom Tourismus, der sich künftig noch stärker an der Nachfrage orientieren soll, als Arbeits- und Wohnort neu positioniert werden, um wieder junge, gut verdienende und moder-

ne Erwerbstätige anzuziehen. In den Talschaften sieht der Bericht dazu eine notwendige Bildung von regionalen Zentren vor. (LUB)

KOMMENTAR+GR Seiten 3+7



«Alpträum» oder «Alpraum» – je nach Lesart: Geschäftsführer **Peder Platz** stellt den neuesten Bericht des Wirtschaftsforums vor. (FOTO YANIK BÜRKL)

KLARTEXT Seite 2 GRAUBÜNDEN Seite 3 FORUM Seite 16 KULTUR Seite 17 NACHRICHTEN Seite 19 SPORT Seite 27 TV Seite 30 WETTER Seite 31

Emil Steinberger und seine Herzen

KUNSTWERKE Emil und Niccel Steinberger haben im Forum Paracelsus in St. Moritz während drei Wochen ihre Herzens-Wochenblätter ausgestellt. Am Samstag fand die Finissage in Anwesenheit der Künstler statt. Die Wochenblätter sind ein Dauerprojekt des Ehepaars. Jeweils am Montagmorgen beginnen entweder Emil oder Niccel Steinberger eine Idee auf Papier zu bringen. Wenn der andere Zeit hat, macht er an diesem Werk weiter. Wichtig ist dabei, nichts kaputtzumachen, sondern positiv zu ergänzen. Jeweils am Sonntagabend ist Abgabetermin, dann muss das Werk beendet sein. Die ausgestellten Bilder waren allesamt dem Thema Herz gewidmet. (FH)

KULTUR Seite 17

EU-Staaten wollen schnelle Lösung

BRÜSSEL In einer Anhörung des Schweizer EU-Botschafters Urs Bucher haben die EU-Staaten gestern in Brüssel die bisherigen Fortschritte beim Rahmenabkommen gelobt. Sie drängten aber auch auf einen möglichst raschen Abschluss. Die Anhörung des Schweizer Botschafters fand im Rahmen der alle zwei Jahre stattfindenden Evaluation der Beziehungen der EU zu den Efta-Staaten Liechtenstein, Schweiz, Norwegen und Island statt, die bis Ende Jahr abgeschlossen wird. Dieses Jahr sind diese sogenannten «Schlussfolgerungen» besonders wichtig, weil sie die Gangart der EU-Kommission in den Verhandlungen mit der Schweiz beeinflussen werden. (SDA)

NACHRICHTEN Seite 23

Italien bleibt bei seinem Plan

ROM Italiens Regierung steuert mit ihrem Budgetplan auf einen Konflikt mit der EU zu. Rom hält trotz Kritik an der geplanten höheren Neuverschuldung fest. Einen entsprechenden Brief hat Wirtschafts- und Finanzminister Giovanni Tria gestern an die EU-Kommission gesandt. Es sei ihm bewusst, dass der Haushaltsplan nicht im Einklang mit dem Euro-Stabilitätspakt stehe, schrieb Tria an die Brüsseler Behörde. Er stelle aber «kein Risiko für Italien und andere EU-Länder» dar. Heute wird die EU-Kommission über die weiteren Schritte beraten. Es wird erwartet, dass sie Roms Haushalt ablehnt und Korrekturen verlangt. (SDA)

NACHRICHTEN Seite 21

INSERAT

HÜSLER NEST

Hausmesse im Hüsler Nest Center Chur

Profitieren Sie vom 1. bis 10.11. von unserem attraktiven Messerabatt

Hüsler Nest Center Chur
www.huesler-nest-chur.ch

Nomol uff!²
1'112 Brambrüesch-Fans gesucht!

1 Jahr, 1 Abo
Partner ab
349.-
Jetzt kaufen:
www.uffa.ch

Chur
Bergbahnen

Unterirdisch in eine goldene wirtschaftliche Zukunft

Das Wirtschaftsforum Graubünden bangt weiter um die Zukunft des Kantons. Die Denkfabrik präsentiert in einem neuen Papier 16 Vorschläge, darunter eine U-Bahn durch den Kanton.

von Olivier Berger

Die Bündner Wirtschaft brummt wie selten zuvor: Die grossen Unternehmen schreiben Rekordgewinn um Rekordgewinn, der Tourismus hat sich erholt, die Arbeitslosigkeit ist auf einem rekordverdächtigen Tiefstand (Ausgabe vom 24. April).

Das Wirtschaftsforum Graubünden warnt trotzdem: Der Kanton habe mit überdurchschnittlichen Herausforderungen zu kämpfen, heisst es im Positionspapier mit dem programmatischen Namen «Alptraum». Und: Graubünden überaltere rascher und stärker als der Rest des Landes.

Bei Kassandraruhen allein will es die Denkfabrik der Bündner Wirtschaft aber nicht bewenden lassen. In «Alptraum» präsentiert das Wirtschaftsforum auch seine Zukunftsvision. Graubünden, so heisst es in dem Papier, solle ein «beliebter Arbeits-, Wohn- und Tourismusort» sein, der «über wirtschaftlich prosperierende, untereinander gut vernetzte» Zentren verfüge, aber auch über «vielfältige Natur- und Erholungsräume».

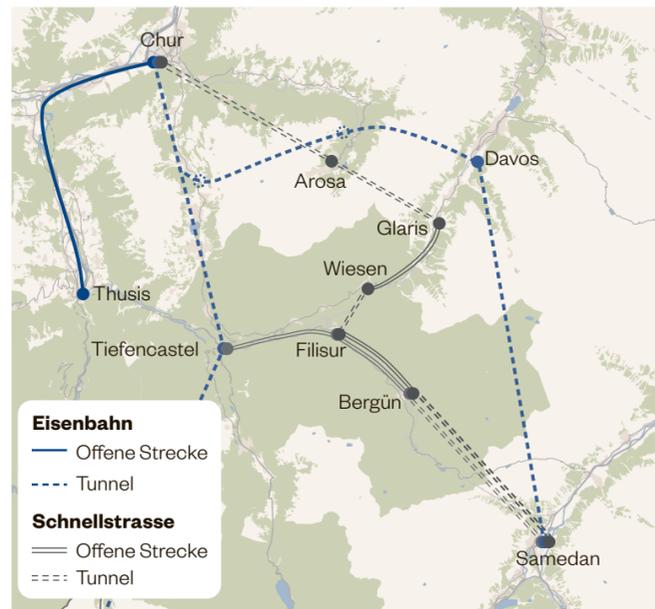
Schneller durch die Welt

Das Wirtschaftsforum belässt es aber nicht beim toten Buchstaben, sondern wirft eine Fülle konkreter Vorschläge in die politische Diskussion. Die Bandbreite reicht dabei von oft Gehörtem wie «Digitalisierung treiben» und «Innovationstätigkeit forcieren» bis zu wahrhaft visionären Ideen. Zu den Letzteren zählt der Vorschlag, die wichtigsten Bündner Zentren auf Strasse und Schiene besser zu verknüpfen – und das weitgehend unterirdisch.

So soll beispielsweise unter dem Titel «AlpTrain» eine Normalspur-Eisenbahnlinie von Chur via Davos ins Oberengadin realisiert werden. Durch die Linienführung in Tunnels könnte so die Reisezeit von der Kantonshauptstadt ins Engadin auf 41 Minuten verkürzt werden. Denkbar ist für das Wirtschaftsforum auch eine Schnellstrasse von Chur über Arosa und Davos nach Samedan und St. Moritz.

Schneller durch den Kanton

Das Wirtschaftsforum will den Verkehr unter den Boden verlegen.



Quelle: Wirtschaftsforum Graubünden, Karte: maps4news.com/HERE, Grafik: Südostschweiz

Zusammen mit weiteren Vorschlägen sollen U-Bahn und Schnellstrasse die Reisezeiten zwischen den grössten Bündner Ballungsgebieten verkürzen. «Wohnen im Engadin oder in Davos und Arbeiten in Chur – oder umgekehrt – würde damit problemlos möglich», schreibt das Wirtschaftsforum. Zudem ermögliche das Familien- und Paarhaushalten, an einem Ort zu wohnen, «aber an unterschiedlichen Orten zu arbeiten».

Höchst brisant sind die Vorschläge, welche das Wirtschaftsforum zur Steuerpolitik macht.

Die Verbindung von Wohn- und Arbeitsorten soll nach dem Willen des Wirtschaftsforums aber nicht nur innerhalb Graubündens verbessert werden. Das Forum fordert, die Fahrzeit zwischen Chur und Zürich auf maximal eine Stunde zu senken.

Denkbar wäre laut dem neuen Papier sogar eine Senkung auf 40 Minuten; dafür wären neue Tunnels am Walen- und Zürichsee notwendig. Von der Verkürzung der Fahrzeit zwischen Chur und Zürich erhofft sich das Wirtschaftsforum, dass «die Attraktivität des Bündner Rheintals als Wohnort und Wirtschaftsstandort erhöht» wird.

Mehr Jobs vom Bund

Was die Realisierung seiner beiden verkehrspolitischen Vorschläge angeht, ist das Wirtschaftsforum realistisch. Die «AlpTrain»-Untergrundbahn sei «ein Generationenprojekt», heisst es im Papier. Und die Schnell-

verbindung nach Zürich sei «aufgrund der aktuellen Planungen des Bundes erst nach 2023 möglich». Andere der Vorschläge im Papier «Alptraum» wären zwar erst auch in einigen Jahrzehnten abgeschlossen, könnten aber deutlich früher angegangen werden. Dazu zählt beispielsweise die Idee, mehr Arbeitsplätze des Bundes als heute in den Kanton zu holen.

Dabei beruft sich das Wirtschaftsforum auf die Bevölkerungsstatistik. Graubünden trage rund zwei Prozent zum gesamten Schweizer Bruttoinlandsprodukt bei, heisst es in der Studie. Zudem lebten im Kanton rund zwei Prozent der Schweizer Bevölkerung. Der Anteil Graubündens an Stellen des Bundes und der bundesnahen Betriebe liege «hingegen bei nur etwa 1,3 Prozent». Hier solle der Kanton Druck machen, damit der Bund bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze prüfen, «ob eine Ansiedlung in Graubünden möglich ist».

Steuern weg für Firmen

Höchst brisant sind die Vorschläge, welche das Wirtschaftsforum zur Steuerpolitik macht. So sollen Gemeinden ausserhalb des Bündner Rheintals die Möglichkeit erhalten, Unternehmen von der kommunalen Gewinnsteuer zu befreien. Damit nicht genug. «Macht eine Gemeinde diesen Schritt, so befreit der Kanton die Betriebe in der betreffenden Gemeinde auch von der Gewinnsteuer des Kantons», heisst es in dem Papier. Ausserdem sollen der Kanton und die Gemeinden die Steuern auf hohen Einkommen drastisch senken.

Nicht nur der Kanton und die Gemeinden sollen steuertechnisch zur Ader gelassen werden. So schlägt das Wirtschaftsforum auch vor, dass Betriebe im Berggebiet für die ersten fünf Mitarbeiter bis zu einem gewissen Umsatz keine Mehrwertsteuer abliefern müssen.

Von einem Mehrwertsteuer-Sondersatz für die Hotellerie, wie er heute besteht, will das Wirtschaftsforum nichts mehr wissen. Stattdessen sollen für Gäste, welche mindestens eine Übernachtung buchen, alle touristischen Dienstleistungen von der Mehrwertsteuer-Pflicht befreit werden.

Verhüllung: Regierung gegen Verbot

Die Bündner Regierung spricht sich gegen ein generelles Verhüllungsverbot aus.

Die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» lehnt die Bündner Regierung ab. Sie begrüsst allerdings den indirekten Gegenvorschlag des Bundesrats. Sie begründet dies in einer Mitteilung von gestern damit, dass der Bundesrat dadurch gezielte Massnahmen statt ein generelles Verhüllungsverbot einführen wolle.

Einerseits wahre der Kantone. Diese würden schon heute über die Kompetenz verfügen, Vermummungsverbote einzuführen. Die Regierung schreibt weiter, dass der Grosse Rat erst in der Augustsession die Aufnahme eines Vermummungsverbots für bewilligungspflichtige öffentliche Veranstaltungen abgelehnt hatte. Andererseits regle der indirekte Gegenvorschlag Situationen, bei denen durch Gesichtsverhüllung die Identität einer Person nicht ersichtlich ist und die Erfüllung staatlicher Aufgaben erschwert oder verunmöglicht wird.

Die Vernehmlassungsvorlage des indirekten Gegenvorschlags beinhaltet die Pflicht, das Gesicht vor bestimmten Behörden zu enthüllen. Zudem wird explizit eine strafrechtliche Sanktion im Fall der Anwendung von Zwang zur Gesichtsverhüllung vorgesehen. (red)

Unterstützung für den Sport

Die Bündner Regierung leistet Beiträge von mehreren Hunderttausend Franken aus der Spezialfinanzierung Sport. Zum einen wird die Durchführung des Schweizerischen Schulsporttags 2020 in Chur und Umgebung unterstützt: Die Regierung sichert der grössten Schulsportveranstaltung der Schweiz maximal 100 000 Franken zu, wie es in einer Regierungsmitteilung heisst. Zum andern erhalten 35 regionale und nationale Leistungszentren in Graubünden Beiträge in der Höhe von insgesamt 638 000 Franken. (red)

Wenn die Gondel gratis fährt

Die Aktionäre stimmen der Sanierung der Sportbahnen Vals diskussionslos zu.

von Giuseppe Venzin

Der Jahresverlust der Sportbahnen Vals AG beträgt gut 600 000 Franken. Zusammen mit dem Verlustvortrag nannte Verwaltungsratspräsident Robert Berni einen Bilanzverlust von über 2,7 Millionen Franken. An der Generalversammlung im eigenen Restaurant auf Gadastatt traf Berni am Freitag auf gnädig gestimmte Aktionäre. Sie hatten keine Einwände gegen die Sanierungspläne – genau wie eine Woche zuvor schon die Gemeindeversammlung von Vals.

Im Geschäftsbericht hatten die Aktionäre bereits vor der Versammlung erfahren, dass diese Bilanzsanierung zwingend nötig sei. So heisst es dort: In Absprache mit der Gemeinde beantragt der Verwaltungsrat, durch eine Nennwertreduktion aller Aktien von

100 Franken auf 10 Franken das Aktienkapital von 4,12 Millionen auf 412 000 Franken herabzusetzen.

Die Gemeinde hat nicht nur grünes Licht für die Reduktion des Aktienkapitals gegeben, sie verzichtet auch auf ein Darlehen von beinahe drei Millionen Franken. In nächster Zukunft hat die Gemeinde das Sagen bei den Sportbahnen Vals AG. In einer Leistungsvereinbarung diktiert sie für ihre Unterstützung.

Gratis nach Gadastatt

In Zukunft können alle – Einheimische, Feriengäste und Auswärtige – gratis mit der Gondelbahn von Vals nach Gadastatt fahren. Von Gadastatt auf 1800 m ü. M. führen drei Schlepplifte bis auf 3000 m ü. M. Die Tageskarte für die Skifahrer beträgt im nächsten Winter 33 Franken, das Saison-

Abonnement 333 Franken. Kinder bis 16 Jahre fahren gratis Ski. Der VR-Präsident erwähnt im Jahresrapport das «Spiel mit der Preiselastizität» verschiedener Bergbahnen und kommt zum Schluss: «Dort, wo überhaupt noch länger Schnee zu machen ist oder wo es künftig noch Schnee gibt, wird man entweder zum Service public, subventioniert den Schneesport quer oder über Mäzenentum.»

Mit der Unterstützung der Gemeinde haben die Sportbahnen Vals einen ersten Schritt zum Service public gemacht. Der Gemeindepräsident Stefan Schmid erwähnte die Wichtigkeit der Sportbahnen für die Gemeinde, aber auch die Verbundenheit der Valser mit ihrer Sportbahn. Einnahmen für die Unterstützung sollen durch neue Steuern generiert werden. Einen wichtigen Beitrag sollen auch die Zweit-

wohnungsbesitzer leisten. Pro Quadratmeter Wohnfläche werden diese je nach Standort im Durchschnitt etwa zehn Franken zahlen.

Neues Kapital ist notwendig

Der letzte Winter brachte den Sportbahnen Vals eine Zunahme der Ersteintritte von 19,7% auf 42 219. An Silvester 2017 zählte die Bahn 1384 Gäste, gut zwei Wochen später, am 16. Januar, 43 Gäste. Trotz des Plus sprach Robert Berni von einem wenig befriedigenden Geschäftsjahr.

Das Verwaltungsratsmitglied Artemis Truffer sprach am Schluss der Versammlung über Visionen und Strategien. Dabei nannte sie die Schlepplifte Auslaufmodelle und auch das Restaurant Gadastatt ein Sanierungsfall. Für die Realisierung der Visionen werden Investoren gesucht.

INSERAT

Südostschweiz Informiert

Topaktuell aus Ihrer Region!

Das Nachrichtenmagazin von Montag bis Freitag ab 18 Uhr auf TV Südostschweiz.

südostschweiz